

(Dr. Seifert, PDS: Wer soll das machen, wenn nicht wir? Wir sind die Gesetzgeber!)

(Beifall bei der PDS)

Wir können als Ausschuß nur auf ein vorgelegtes Gesetz reagieren. Wir sind keine Gesetzgeber.

(Dr. Seifert, PDS: Der Ausschuß darf doch die Initiative hier einbringen, das darf er doch wohl machen.)

Ich denke, wir können das machen, aber der Ausschuß kann das nicht machen, das muß das Plenum tun.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Dazu muß ich folgendes sagen, um die Rechtsfrage jetzt erst einmal zu klären. Nach unserer vorläufigen Geschäftsordnung ist es tatsächlich so, daß das Antragsrecht und damit auch das Recht, Gesetzesvorlagen einzubringen, den Ausschüssen übertragen ist.

(Beifall bei PDS, Bündnis 90/Grüne und vereinzelt bei der SPD)

Das ist im Grunde genommen aber eine etwas ungewöhnliche Situation. Der Regelfall ist, daß Gesetze entweder von den Fraktionen - und dann originär vom Parlament - oder eben vom Ministerrat eingebracht werden. Das ist eigentlich die Regel, und das muß auch so die Regel werden. Die Sachfrage ist jetzt eigentlich zu diskutieren. Mit einer reinen Rechtsfrage ist das nach der momentanen Geschäftsordnungssituation nicht geklärt.

(Dr. Kröger, PDS: Dieser Antrag, diesen Passus in den Gesetzentwurf einzubringen...)

Das sollte keine Rückfrage an den Referenten mehr sein. Das ist gut, dazu können Sie nachher sogar ganz nach vorn kommen. Ich werde die Diskussion dazu eröffnen und zu allen Änderungsanträgen Wortmeldungen zulassen.

Sind das noch Anfragen an den Referenten? Gut, zur Diskussion wird dann gesprochen werden können. Bevor ich die Diskussion zu diesem Punkt eröffne, möchte ich Ihnen lediglich ankündigen, daß ein zweiter Abänderungsantrag vorliegt, einen neuen Paragraphen 25 a einzuführen, der die Sozialversorgungssysteme betrifft. Da nach meiner Übersicht dieser Punkt nicht im Sachzusammenhang mit dem Absatz 5 steht, über den wir eben diskutiert haben, schlage ich Ihnen vor, daß wir zunächst die Frage diskutieren und entscheiden, ob dem Vorschlag des Ausschusses gefolgt werden soll und der Absatz 5 da aufgenommen werden soll oder ob entsprechend dem Änderungsantrag, der von der CDU-Fraktion gekommen ist, dieser Absatz wieder gestrichen werden soll bzw. wegbleiben soll.

Können wir uns zunächst bei den Wortmeldungen auf diese Frage des Absatzes 5 im § 7 beschränken? Wer möchte dazu das Wort haben? Bitte schön. Der kann dann auch hier nach vorn kommen.

Frau Dräger(SPD):

Wir haben im Ausschuß darüber diskutiert, wir haben über den § 7 gesprochen, wir haben mit Mehrheit dem Artikel 5 zugestimmt. Ich verstehe nicht, warum der Ausschußvorsitzende diesen Artikel jetzt erneut zur Diskussion stellt. Wir haben uns genau an die Geschäftsordnung gehalten, dieser Absatz ist durchgegangen, und ich verstehe die Diskussion jetzt nicht. Danke.

(Beifall bei SPD und PDS)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Weitere Wortmeldungen? Bitte schön. Ja, Sie können gleich erst einmal sprechen.

Dr. Seifert (PDS):

Ich möchte das noch einmal bekräftigen, was ich vorhin schon in der Anfrage andeutete. Es gibt eine Unzahl von Beschwerden, Anfragen und Bitten von Kriegsbeschädigten und natürlich auch von denen, die Zivilpersonen waren und durch Kriegseinwirkungen einen Körperschaden haben. Ich finde, es ist unbedingt erforderlich, daß dieses Parlament ihnen so schnell wie möglich, wenigstens nachträglich, ein bißchen Gerechtigkeit widerfahren läßt. Und ich appelliere dringend an alle Abgeordneten, diesem Antrag zuzustimmen, dem im Ausschuß ja bereits mehrheitlich zugestimmt wurde. Vielen Dank.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Vielen Dank. Jetzt der Abgeordnete Erdmann Kröger.

Dr. Kröger (PDS):

Seitens meiner Fraktion ist dieser Antrag eingebracht worden, kurz noch einmal darzustellen: Bisher sind die ...

(unverständliche Zurufe)

Aber lieber jetzt zu spät, als überhaupt nicht, wie Sie es wollen. Das muß ich Ihnen schon einmal sagen.

(Unruhe im Saal)

Sie bringen doch den Antrag ein.

Ich will also noch einmal das Anliegen klarmachen. Die Zivilisten, die während des Krieges geschädigt worden sind, sind nicht als Kriegsbeschädigte anerkannt worden. Dieses Unrecht wollen wir wettmachen.

(Unruhe im Saal)

(Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner: Bitte um Ruhe.)

Im Ausschuß ist eine Diskussion dazu erfolgt. Unser Standpunkt ist da. Wenn nicht diese Volkskammer, wer sonst sollte solche Gesetze erlassen? Es ist mehrheitlich entschieden worden, diesem Antrag zuzustimmen. Und ich muß hier schon meiner Verwunderung Ausdruck geben. Bisher habe ich immer geglaubt, daß Ausschüsse und die Berichte der Ausschüsse parteipolitisch neutral vorgebracht werden und nicht hier Anträge der CDU vermengt werden.

(Beifall bei SPD und PDS)

Das wäre ein Antrag, der von der CDU-Fraktion separat vorgebracht werden müßte.

Ich muß also hier gegen die nicht neutrale Berichterstattung des Ausschußvorsitzenden schärfsten Protest erheben und möchte noch einmal das Hohe Haus bitten, diesem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei SPD und PDS)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Danke schön. Bevor Sie sprechen können, gibt es eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung, der Abgeordnete Kamm.

Dr. Kamm (CDU/DA):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident! Ich bin eigentlich sehr verwundert, auch wenn es meine eigene Fraktion betrifft, daß die Ausschubarbeit nicht so autorisiert durch die Kammer anerkannt wird, wie das eigentlich den Ausschüssen zusteht.